

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Habern & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verwaltung: Sebr. Anshöhl, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangobahn monatlich 2,00 M. 2. Jahrgang des Volkes bezogen einschließlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Leipzig Leipzig 6,00 M. Eintragungs-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 7 zeichnerische Kompositionen 90 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 2 zeichnerische Kompositionen 8 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpfändung zur Aufnahme an vergeblichen Tagen kann nicht angenommen werden. Für Briefverbreitung 20 Pf.

Nr. 261

Dresden, Dienstag den 11. November 1919

30. Jahrg.

## Am Abgrund vorbei!

Von Rifol. Ojterroth, W. d. R.

Deutschland ist durch die Verwüstungen des Krieges blutarm geworden. Seine Verwundung, die 200 Millionen Mark übersteigt, ist furchtbar. Gering kann sie nur werden, wenn die Millionen unserer Arbeiter, die an den Fronten aller Art, die zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft nötig sind, unsere Industrie ist gelähmt durch Mangel an Rohstoffen, Eisen, Stahl, Baumaterialien, Leder, Textilstoffen usw. Unsere Transportmittel sind teils verloren, teils verlottert. Unser Geld ist entwertet bis auf den fünften Teil seines Friedenswertes. Die Menschen sind feilich und körperlich zusammengebrochen durch vierjährigen Hunger und fünfjähriges Kriegeseld. Der Hunger geht noch durchs Land, weil die deutsche Landwirtschaft nur zwei Drittel unserer Volksmasse zu ernähren vermag, weil sie ohnehin aus Mangel an Arbeitskräften, Düngstoffen und Maschinen in ihrer Erzeugungsleistung abnimmt. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen gestaltet sich außerordentlich schwierig und teuer, weil der vierjährige Krieg in der ganzen Welt verheerend gewirkt hat, Millionen von Arbeiterleben zum Besten wagen und dadurch die Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen unterbunden und den Weltmarktpreis emporgeschoben hat. Was wir dennoch einführen können, wird für uns durch die Entwertung des deutschen Geldes um das Vier- bis Fünffache verloren über den Weltmarktpreis hinaus, wenn wir jetzt mit deutschen Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen mit Geld, das heißt mit einem Kredit auf zukünftig zu leistende Arbeit zahlen müssen.

Wir müssen aber dauernd Lebensmittel für mindestens 20 bis 25 Millionen Menschen einführen. Andernfalls gehen wir langsam dem Hungertode entgegen. Wollen wir aber zu erträglichen Bedingungen Lebensmittel einführen, so müssen wir unsere eigenen und die erreichbaren Rohstoffe der übrigen Welt verwenden, um vollwertige Zahlungsmittel für die eingeführten Waren zu bekommen. Ein anderes Mittel zur Bekämpfung der Zahlungsmittelnot ist die Steigerung der Kaufkraft unseres Geldes und der Steigerung der Kaufkraft des Geldes gibt es nicht. Keine Lohnhöhung hat Zweck, wenn die Geldentwertung weiter vor sich geht, denn die Kaufkraft des Geldes dancard sinkt.

Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft hat zur Voraussetzung, daß wir die nötigen Rohstoffe, vor allem Kohle und Eisen haben, und dazu die nötigen Menschen, die die Rohstoffe gewinnen und verarbeiten. Die letzteren haben wir; wir werden mit der besseren Ernährung vorzeitig und moralisch auch sonst gesünder, daß sie ihre Rolle im Produktionsprozess wieder vollwertig spielen können. Mit den Rohstoffen ist es aber anders. Der Krieg hat die Ertragsfähigkeit der Kohlenfelder zum Teil vernichtet. Die Kohlefelder der technischen Verwitterung anheim infolge des Mangels an Arbeitskräften, deren Leistungsfähigkeit auch durch die Wirkung des Hungers. Mit Kohlenfeldern und dem Saarrevier gingen uns 17 Millionen Tonnen Steinkohle und 11 Millionen Tonnen Braunkohle verloren. Das oberste Kohlenbecken mit einer Friedensförderung von 13 Millionen Tonnen Steinkohle und unmeßbaren Mengen an Braunkohle sind verloren gegangen, wenn nicht alle in diesem becken geborenen Deutschen, die größtenteils dort aufgewachsen sind, bei der demnächstigen Volksabstimmung ihre Schulpflicht tun und wenn nicht die unerschöpfliche Arbeiterbevölkerung durch eine entschlossene Sozialpolitik interessiert wird für einen Bereich bei Deutschland. In diesem Bereich sind eingetretene oder drohende Verluste an Kohlen, anderen Rohstoffen und Menschen kommen 21 Millionen Tonnen Braunkohle, 11 Millionen Tonnen Steinkohle an die Entente über, die unsere Kohlen- und Eisenerzeugung auf das Schwerste unterbunden ist.

Was uns bleibt, ist nicht ausreichend, um die Produktion von 60 Millionen Menschen über zu stellen. Wir gewonnen im letzten Friedensjahr 1914 Millionen Tonnen Steinkohle und führten dazu 11 Millionen Tonnen ein. Wir verarbeiten in Deutschland einschließlich der Saarrevierbevölkerung 15,7 Millionen Tonnen Steinkohle, so daß wir noch die überschüssigen 4,3 Millionen Tonnen ausführen konnten. Jetzt aber haben wir ein erschreckendes Kohlenmangel. Die Produktion und die Produktion der Industrie sind nur auf wenige Tage vorzeitig. Im ersten Vierteljahr 1919 förderten wir 27,7 Mill. Tonnen Steinkohle gegen 30,1 Mill. Tonnen im ersten Vierteljahr 1918. Das zweite Vierteljahr brachte uns nur 23,6 Mill. Tonnen gegen 30 Mill. Tonnen im gleichen Vierteljahr 1918. Von jetzt noch die Förderung des Saarreviers und die Zwangslieferung ab. Im zweiten Vierteljahr zeigt sich die verheerende Wirkung der internationalen Lotteriefaktoren in ihrer lähmenden Wirkung — für das Volkseisen, nicht in ihrer lähmenden Wirkung. Wenn gleich infolge der Verbesserung der Bergarbeiter und des Fortschreitens der Gewinnung und Aufschließungsarbeiten die Arbeitsleistung des einzelnen Bergmannes und die Gesamtförderung um etwa 20 Proz. gesteigert ist, so darf man doch kaum mehr als 110 Millionen Tonnen Jahresförderung für 1919 erwarten, wovon die Saarrevierförderung und die Zwangslieferung

abzuziehen sind, so daß für unsere Selbstversorgung nur etwa 80 Mill. Tonnen zur Verfügung stehen. In den letzten Friedensjahren, in denen wir annähernd die gleiche Zahl Arbeiter beschäftigten, betrug unser Eigenverbrauch fast doppelt soviel.

In der Kohlenfrage liegt also die Gefahr für unser Volkseisen. Hier liegt das Kernproblem des wirtschaftlichen Emporkommens. Aufbau, Ausbau, Baluta, Hausbrand und Volksernährung — alles hängt davon ab, ob wir genügend Kohlen haben werden.

Damit wird der Steinkohlenbergbau in den Mittelpunkt unserer wirtschaftlichen Denkfunde und unserer sozialen Fürsorge gerückt. Der Bergbau wird damit zum Eckstein unseres wirtschaftlichen Seins. Der unerschöpfliche und oft mißachtete Bergmann wird zum Helden unserer Zukunft. Von seinem Arbeitswillen, seinem sozialen Pflichtbewußtsein, von seiner Leistung hängt es ab, ob in Deutschland künftig 60 Millionen Menschen leben können oder ob Verelendung, Verarmung, Armwanderung das Los eines großen Teils des deutschen Volkes wird.

So müßte die Gegenwart ist, so wenig brauchen wir an der Zukunft zu verzweifeln. Denn wir haben die Elemente, die zum Wiederaufbau nötig sind; Menschen und Rohstoffquellen. Die Menschen müssen wir für den Aufbau interessieren, die Rohstoffquellen, die uns verbleiben sind, müssen wir in beschleunigtem Tempo erschließen und erschließbar gestalten. Auch die intensive Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen reicht nicht aus, um die Steinkohlenförderung so zu erhöhen, daß sie für unsere Notwendigkeit ausreicht.

Wir brauchen mehr Arbeitskräfte im Bergbau, vor allem im Steinkohlenbergbau. Im Saarrevier sehen wir das betrübende Bild, daß die Zahl der Belegschaft im zweiten Quartal d. J. um 19000 stieg, niedriger ist als im ersten, weil der Krieg, der die Menschen an den Bergbau ziehen konnte, vor allem Köhne, die über dem Niveau der übrigen Arbeiterkategorien stehen. Der Mann, der bis 1000 Meter unter der Erde schwer arbeitet, fern von Licht, Luft und Sonne, muß in seiner Lohnhöhe dauernd über den übrigen Arbeiterkategorien stehen. Und er muß ein Heim haben, das ihm die arbeitsfreien Stunden freudvoller macht. Daran ist die Allgemeinheit interessiert. Wir brauchen vor allem eine viel höhere Belegschaft im Bergbau. Allein dem Steinkohlenbergbau müssen wir 150000 Arbeiter zuführen, wenn wir die Kohlenförderung so steigern wollen, daß wir ausreichend Kohlen haben. Um das zu ermöglichen, brauchen wir 100000 Bergarbeiterheimstätten, die mehr sein müssen als ein Notbehalt:

es müssen menschenwürdige Wohnungen sein, die dem Bergmann auch ein Stück Lebensfreude ermöglichen. In seiner Behausung muß der Bergarbeiter völlig unabhängig sein vor den Launen des Arbeitgebers und seiner Angestellten.

Freilich geht das ohne große Aufwendungen der Allgemeinheit nicht ab. 100000 Bergarbeiterhäuser werden drei Milliarden Mark kosten. Aber der Förderwert von 150000 Bergarbeitern repräsentiert heute pro Jahr fast allein schon diese Aufwendung. Es gibt kaum eine Kapitalanlage, die gewinnbringender angelegt werden könnte. 150000 Arbeiter, die vor durch Schaffung von menschenwürdigen Wohnungen dem Bergbau zuführen, bedeuten eine Steigerung unserer Steinkohlenförderung um etwa 30 Millionen Tonnen. 30 Millionen Tonnen Steinkohle mehr aber bedeuten das Ende unseres Kohlenmangels und die Gesundung unseres Wirtschaftslebens, bedeuten ausreichende Ausfuhrmöglichkeit, Steigerung der Baluta und der Kaufkraft des Geldes, bedeuten eine Ertragssteigerung unserer Wirtschaft in dem Maße, daß unsere Verwundung kein würgendes Gepein mehr ist, bedeuten Arbeitslosigkeit für Millionen. Dreißig Millionen Tonnen Steinkohle mehr sichern unsere Lebensfähigkeit und unsere wirtschaftliche Zukunft.

## Englands Gefangene in Frankreich

Berlin, 11. November. Für Donnerstag wird der letzte Transport der in britischen Gefangenenlagern in Nordfrankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen erwartet. Bisher wurden über 260000 deutsche Kriegsgefangene aus englischer Hand in die Heimat zurückbefördert, darunter 204000 über die Sammelstelle Köln-Deutz. In den letzten Tagen trafen bereits deutsch-schleische Abtransportberechtigte ein, die unter Führung polnischer Offiziere in das Abtransportgebiet geleitet wurden.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Kriegsgefangene teilt mit: Bei der letzten britischen Militärmission ist aus London ein Telegramm eingetroffen, welches besagt, daß der englische Dampfer *Malta* alle deutschen Kriegs- und Kriegsgefangenen mit ihren Familien Anfang Dezember aus Indien zurückbringen wird.

Der erste der vier *Rajavett*-Dampfer, die zur Abholung unserer Gefangenen aus Rumänien bestimmt sind, wird voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche abgehen. Die anderen werden in Abständen von fünf bis acht Tagen folgen.

Nach neueren Nachrichten nehmen die am 25. November und am 2. Dezember d. J. von Kopenhagen nach Berlin abgehenden Dampfer der Schiffsverkehrs-Kompanie *Baltic* für die Gefangenen in Sibirien mit. *Baltic* sind in genügender Weise zur Welt zu gehen mit dem *Julius* in der Aufsicht: Ueber Kopenhagen mit Dampfer der *Transatlantischen* Kompanie. Die *Baltic* müssen jetzt eingetroffen sein und dürfen keinen leicht verderblichen Inhalt haben.

## Die Löhnung der Kriegsgefangenen

Von gutunterrichteter Seite schreibt man uns:

In der letzten Zeit taucht die Forderung auf, die Nachzahlung der Löhnung an die Kriegsgefangenen für die Dauer der Gefangenschaft zu verlangen. Auf den ersten Blick scheint eine solche Forderung der Berechtigung nicht zu entbehren, bei näherem Zusehen ergibt sich aber, daß eine solche Maßnahme im höchsten Grade unsozial wirken würde. Wahrend für die Löhnungsfrage der Kriegsgefangenen ist die Kriegsbesetzungsordnung, die noch heute geltendes Recht ist. Danach scheidet ein Mann aus der Gefangenschaft aus mit dem Ende der Defekte, in der er in Verpflegung und Unterhalt genommen ist, und er tritt wieder in die Gefangenschaft ein mit dem Beginn der Defekte, innerhalb der er an die deutschen Linien kommt. In diesem rechtlichen Zusammenhang ist nichts geändert worden, mit ihm ist also zu rechnen.

Im Laufe des Krieges ist nun eine ganze Reihe Verfügungen ergangen, wonach die Löhnung des Gefangenen an seine Angehörigen bezahlt werden durfte. Voraussetzungen für die Gewährung der Löhnung war Bedürftigkeit, eilt, und Bedürftigkeit wurde als gegeben erachtet, wenn die Angehörigen Familienunterstützung bezogen haben. Zuerst konnte diese Befugnis ausgedehnt, indem die Löhnung des Gefangenen auch an Eltern und Geschwister bezahlt werden konnte, wenn feststand, daß der Gefangene den Unterhalt von Eltern und Geschwister zum wesentlichen Teil bestritten hatte. Schließlich konnte die Löhnung auch zusammen mit den Gefangenen selbst bezahlt werden, wenn seine Angehörigen für ihn Aufwendungen machen mußten, die ihnen billigerweise nicht zugemutet werden konnten. Die Zahl der Familien ist sehr groß, die von der Möglichkeit, die Löhnung der Gefangenen ganz oder teilweise zu bekommen, Gebrauch gemacht haben. So haben viele Familien nun seit bald fünf Jahren die Löhnung ihres in Gefangenschaft befindlichen Ernährers erhalten und werden sie weiter bekommen, bis der Gefangene in die Heimat zurückgeführt ist.

Damit steht fest, daß für einen sehr großen Prozentsatz der Gefangenen die Löhnung bezahlt wurde, und wenn man die Nachzahlung der Löhnung für die Dauer der Gefangenschaft fordert, die rechtlich gar nicht gefällig werden kann, so würde sich folgendes ergeben: Der arme Teufel, der

zurückgeführt, würde nichts bekommen, weil seine Löhnung an seine Angehörigen bezahlt wurde und eine zweimalige Bezahlung der Löhnung natürlich nicht gefordert werden kann. Der aus der Gefangenschaft zurückkehrende Angehörige der besagten Klasse aber, für den während der Dauer der Gefangenschaft nichts bezahlt wurde, weil jedes Bedürfnis fehlte, würde nun bei seiner Rückkehr die ganze Summe auf den Tisch gelegt bekommen. Gerade jene Schicksale, die am bedürftigsten sind, werden also leer ausgehen, und andre, die es nicht brauchen würden, eine entsprechende Summe angehängt bekommen. Auf diesen Boden glaubte die Regierung nicht treten zu dürfen, man hatte sich mit den Vertretern von Organisationen, denen Kriegsgefangenen angehören, in Verbindung gesetzt, um gemeinsam mit ihnen die Löhnungsfrage zu besprechen. Einmütig war man der Auffassung, daß bei der Rückkehr aus der Gefangenschaft Beihilfen bezahlt werden sollen, um den Zurückgeführten in der ersten Zeit etwas unter die Arme zu greifen. Die Regierung hat zu diesem Zweck 150 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Aus dieser Summe werden im Falle der Bedürftigkeit Beihilfen bezahlt, die zwischen 100 bis 300 Mark schwanken. Im Falle besonders großer Bedürftigkeit kann diese Beihilfe bis auf 600 Mark gesteigert werden, wenn die Gemeinde, in der der Heimkehrende wohnt, eine Summe von 150 Mark aus ihrem Mitteln dazu beiträgt. Die Entscheidung darüber, wie hoch die Beihilfe für den einzelnen Bedürftigen sein soll, liegt vollständig in der Hand der Heimkehrer selbst. Ueber die Bewilligung der Beihilfe entscheidet ein Kollegium, in dem ein Vertreter den Vorschlag führt, während die Beihilfer aus den Reihen der Heimkehrer entnommen sind. Man kann nicht von liberaler Verfahren, als daß man die Entscheidung über Bewilligungen in die Hände der Interessenten legt. Allerdings muß unbedingt daran festgehalten werden, daß Bedürftigkeit vorliegt; nicht Bedürftigkeit im armenrechtlichen Sinne, sondern nach den Voraussetzungen, nach denen die Erwerbslosenunterstützung bezahlt wird.

Es sei also ausdrücklich festgestellt: Ein Recht auf Zahlung der Löhnung während der Dauer der Gefangenschaft besteht nicht. Ohne Unterschied jedem Heimkehrenden die Löhnung nachzugeben, würde bedeuten, daß die Bedürftigen